



Protokoll

Datum:

28. August 2018

Für:

Mitglieder der Cocosol sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Auflistung

Protokoll der 8. Sitzung der beratenden Kommission (Cocosol) vom 28. August 2018

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident; Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM / ehem. Stv. Direktor BJ
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstelle Zürich
	Urs Allemann	Ehem. Mitglied Ausschuss SH, Betroffener
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der schweiz. Archivdirektorinnen- und -Direktorenkonferenz ADK
	Lisa Yolanda Hilafu	Ehem. Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss SH
	Christian Raetz	Leiter des « bureau cantonal de médiation VD »
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss SH
Ex officio:	Susanne Kuster	Bundesamt für Justiz / Vizedirektorin, Leiterin Fachbereich öffentliches Recht
	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
Protokoll:	Anja Kistler	Bundesamt für Justiz

1 Sitzungsbeginn: 10:00 Uhr

2 1. Begrüssung und Mitteilungen

3

4 Der **Präsident** begrüsst die Cocosol-Mitglieder zur heutigen Sitzung. Die
5 Sitzungsunterlagen wurden vor ca. 10 Tagen an alle Mitglieder versandt, so dass
6 genügend Zeit geblieben sein sollte, diese zu studieren und allfällige Rückfragen zu
7 stellen.

8

9 Der Präsident begrüsst zudem heute auch die neue Chefin des Direktionsbereiches
10 Öffentliches Recht, dem der Fachbereich FSZM im Bundesamt für Justiz unterstellt
11 ist. Frau Susanne Kuster stellt sich kurz vor. Es sei für sie eine Ehre, in die
12 Fussstapfen des ehemaligen Delegierten für Opfer von FSZM zu treten. Seit über 10
13 Jahren sei sie bereits in verschiedenen Funktionen im BJ tätig gewesen, zuletzt als
14 Chefin des Direktionsbereiches Internationale Rechtshilfe. Von ihrer Ausbildung her
15 habe sie sich schwerpunktmässig mit dem öffentlichen Recht befasst, namentlich
16 auch mit dem Staats- und Verfassungsrecht. Sie dankt allen Mitgliedern der Cocosol,
17 für ihre bisherige wertvolle Mitarbeit in dieser Kommission und weist darauf hin, wie
18 wichtig diese Brückenfunktion auch für die Betroffenen sei.

19

20 Frau Kuster informiert die Mitglieder der Cocosol über die kürzlichen
21 Neuanstellungen für die Gesuchsbearbeitung im Fachbereich FSZM. Dort werden
22 eine zusätzliche Sekretärin und per 1. November 2018 auch eine neue Juristin ihre
23 Arbeit aufnehmen. Dies hätte es nach der bisherigen Planung erlaubt, die
24 Bearbeitung aller Gesuche voraussichtlich bis im Mai/Juni 2020 und nicht erst Ende
25 März 2021 abzuschliessen (spätestes Enddatum, welches das Gesetz vorsieht). Neu
26 drängen nun aber viele Betroffene und auch einzelne Mitglieder der Cocosol darauf,
27 dass die Gesuchsbearbeitung noch früher abgeschlossen sein sollte. Es haben
28 deshalb verschiedene Gespräche stattgefunden und die Vorsteherin des EJPD, Frau
29 Bundesrätin Sommaruga, ist mit dem BJ in der Zwischenzeit übereingekommen, die
30 personellen Ressourcen so aufzustocken, dass sämtliche Gesuche bereits per Ende
31 2019 abgearbeitet werden können. Erste Vorbereitungsarbeiten auf
32 organisatorischer, finanzieller und personeller Ebene wurden bereits in Angriff
33 genommen.

34

35 Der Präsident weist darauf hin, dass das Protokoll der letzten Sitzung vom 23. Mai
36 2018 bereits früher im Zirkularverfahren genehmigt wurde und heute nicht mehr zur
37 Diskussion steht. Für die heutige Sitzung sind unter anderem vier vollständige
38 Dossiers versendet worden, bei denen der Fachbereich eine Ablehnung in Betracht
39 zieht (3 Grenzfälle). Der Präsident verdeutlicht, dass eine eventuelle Ablehnung eines
40 Gesuchs durch die Cocosol bedeute, dass diese dem Fachbereich eine Ablehnung
41 empfehle. Der endgültige Entscheid liege beim Fachbereich bzw. beim Amt.

42

43 Der Präsident gibt weiter bekannt, dass der Fachbereich FSZM per 4. September
44 2018 in neue Räumlichkeiten umziehen werde, die sich nicht mehr im BJ-
45 Hauptgebäude, sondern in einem anderen Gebäude in dessen Nähe befänden. Die
46 Postadresse bleibe gleich; die Sitzungen der Cocosol würden weiter im
47 Hauptgebäude stattfinden.

48

49 Er informiert, dass Frau Hilafu-Brönnimann zurzeit eine Ausbildung zum Peer
50 absolviere. Sie habe darauf aufmerksam gemacht, dass es während ihrer Ausbildung
51 möglicherweise das eine oder andere Mal zu Terminkollisionen mit der
52 Sitzungsagenda der Cocosol kommen könne und sie deshalb an der einen oder
53 anderen Sitzung möglicherweise nicht teilnehmen könne. Die anderen Mitglieder der
54 Cocosol signalisieren Verständnis und Unterstützung für die Ausbildung und
55 möchten, dass Frau Hilafu weiterhin im Gremium verbleibt, da sie ja weiterhin alle
56 Unterlagen, inkl. den Dossiers und den Protokollen, zum Studium bzw. zur

1 Stellungnahme erhalte und auch Einsicht in einzelne Dossiers beim BJ nehmen
2 könne.

3
4 Der Präsident orientiert weiter, dass am 30. Juni 2018 in Mümliswil ein grosses
5 Sommerfest stattgefunden habe. Organisiert und getragen worden sei es von der
6 Guido Fluri Stiftung. Es seien rund 800 Menschen dort gewesen; diese hätten sich
7 gegenseitig austauschen und gleichzeitig sich auch gegenüber der Öffentlichkeit
8 manifestieren können. Aus den Gesprächen sei für den Präsidenten klar
9 hervorgegangen, wie hoch die persönlichen Hürden für viele der Opfer gewesen
10 seien, überhaupt ein Gesuch einzureichen. Viele der Besucher hätten sich auch eine
11 umgehende Antwort auf ihr Gesuch seitens des BJ erhofft, damit sie mit dieser für sie
12 offenen Angelegenheit rasch abschliessen könnten. Herr Fluri kommentiert den
13 Anlass anschliessend kurz auch aus seiner Sicht.

14
15 Der Präsident orientiert, dass derzeit noch eine Foto-Ausstellung zum Thema
16 „Adoption damals und heute“ im Käfigturm in Bern zu sehen sei. Diese sei einen
17 Besuch wert; es hätten auch interessante Podiumsgespräche stattgefunden; er sei zu
18 einem dieser Gespräche eingeladen gewesen und hätte sich dort auch zum Thema
19 äussern können. Das BJ habe die Ausstellung mit einem kleinen Beitrag finanziell
20 unterstützt.

21
22 Am 27. August 2018 habe das Schweizer Fernsehen im BJ einzelne Filmaufnahmen
23 gemacht. Die ganze Sendung solle im Rahmen der Rundschau vom 12. September
24 2018 ausgestrahlt werden. Die Sendung widme sich insbesondere dem Thema
25 Gesuchsbearbeitung. Zwei gesuchstellende Personen würden ihre Sicht der Dinge
26 darlegen und der Präsident werde im Rahmen eines kurzen Interviews zu den Fragen
27 des Moderators Stellung nehmen.

29 30 2. Vorgehen bei der Bearbeitung der Gesuche / Beschleunigungsmöglichkeiten

31
32 Es folgt eine eingehende Diskussion zu verschiedensten Aspekten der bisherigen
33 Gesuchsbearbeitung. Unbestritten ist, dass eine schnelle, effiziente Bearbeitung der
34 Gesuche wünschenswert ist, dass diese jedoch nicht auf Kosten der Qualität der
35 Arbeit und auf Kosten eines genügenden Eingehens auf die Opfer gehen darf. Es hat
36 sich gezeigt, dass die Betreuung zumindest einzelner Opfer viel mehr Zeit in
37 Anspruch nimmt als ursprünglich angenommen. Oft reicht der Telefonanruf, den der
38 Fachbereich standardmässig an jedes der Opfer macht, nicht aus. Es braucht dann
39 nicht selten weitere Betreuung oder ein Weiterverweisen an andere Institutionen oder
40 Behörden, die der betreffenden Person weiterhelfen können. Viele Betroffene wollen
41 auch ihre Geschichte immer wieder erzählen. Dies ist einer der Hauptgründe, wieso
42 die Bearbeitung Zeit braucht. Viele Opfer darunter, nicht zuletzt auch ältere Leute,
43 hätten grosse Berührungängste mit Behörden und damit teilweise auch mit dem BJ.
44 Diese äussern sich zum Teil in einer grossen Feindseligkeit bzw. Ablehnung von
45 allem, was irgendwie von einer Behörde stammt.

46
47 Hinzu kommt, dass das Empfinden von Betroffenen, ungerecht behandelt zu werden,
48 umso grösser wird, je länger die Wartezeit auf eine Entscheidung über ihr Gesuch
49 dauert. Sie möchten ihre Geschichte möglichst rasch abschliessen und können dies
50 nicht, weil noch kein Schreiben, keine Entscheidung, keine Zahlung eingetroffen ist.
51 Nicht einfacher wird es, weil manchmal lange Wartezeiten bei der Aktensuche (in
52 Gemeinden, Staatsarchiven) in Kauf genommen werden müssen oder
53 Verzögerungen entstehen, wenn z.B. Kontoangaben ungenau sind oder Kopien der
54 ID-Karten fehlen. Es geht deshalb nicht an, wie auch schon gefordert wurde, dass
55 sich die Gesuchsbearbeitung auf ein blosses, fünfminütiges Erstellen eines
56 Zahlungsauftrags zugunsten des Opfers zu beschränken habe. Eine seriöse Prüfung
57 des Gesuchs muss weiterhin gewährleistet sein, dies sei in Bezug auf die
58 Glaubwürdigkeit der ganzen Aufarbeitung des Themas essenziell. Falls das BJ den

1 Solidaritätsbeitrag an Personen auszahlen würde, die diesen gar nicht zugute hätten,
2 weil deren Opfereigenschaft fehlt oder wenn es sich gar um Trittbrettfahrer handeln
3 würde, so würde sich dies verheerend auf die Ziele der Aufarbeitung auswirken,
4 sowohl für die Opfer als auch für die Behörden. Deshalb ist es wichtig, mit der
5 gebotenen Eile die Gesuche seriös zu prüfen und dabei die gesetzlichen Vorgaben
6 wie z.B. die Prioritätenordnung einzuhalten. Gleichzeitig müsse gewährleistet sein,
7 dass mit der nötigen Sensibilität auf besondere Einzelfälle eingegangen werden
8 könne, z. B. auf die gesundheitliche oder familiäre Situation eines Betroffenen.

9
10 Die Kommission spricht sich deshalb insbesondere dafür aus, dass:

- 11 - die Kantone und Gemeinden an Ihre Unterstützungspflichten bei der Aktensuche
12 erinnert und ersucht werden, die noch ausstehenden Akten von Betroffenen so
13 rasch als möglich zusammenzustellen und einzusenden. Das BJ wird ein
14 entsprechendes Informationsschreiben verfassen, in dem es die Kantone und
15 Gemeinden auf die beschleunigte Gesuchsbearbeitung beim Bund hinweist und
16 sie bittet, ihre bisherige Aktensuche (bezogen auf die Gesuchsverfahren) zu
17 intensivieren und spätestens bis Ende 2019 abzuschliessen.
- 18 - die Anlaufstellen nochmals über ihre Aufgaben, insbesondere über ihre zukünftige
19 Beratungsfunktion der Opfer und Betroffenen, informiert werden sollten. Das BJ
20 bzw. der Fachbereich kann die seinerzeitige Ombudsfunktion, die es während der
21 Zeit des Delegierten des EJPD innehatte, nicht mehr ausüben, da nun alle
22 Ressourcen in die rasche Bearbeitung der Gesuche investiert sind. Das
23 Wegfallen der Ombudsfunktion entlastet sowohl den Fachbereich als teilweise
24 auch die Guido Fluri Stiftung. Am 10. September 2018 findet ein von der SODK
25 organisiertes Treffen der kantonalen Anlaufstellen statt, zu dem das BJ traditionell
26 auch eingeladen ist. An diesem Anlass soll explizit nochmals darauf hingewiesen
27 werden, dass die Anlaufstellen diese Ombudsfunktion übernehmen. Weil das
28 Protokoll dieses Anlaufstellentreffens allen kantonalen Anlaufstellen zugestellt
29 wird, d.h. auch denjenigen, die keinen Vertreter an dieses Treffen entsenden
30 können, wird diese Information flächendeckend sein. Evtl. müssten hier auch die
31 Kantone bzw. deren Regierungen über die SODK mit ins Boot geholt werden,
32 damit sie den Anlaufstellen weiterhin die notwendigen Ressourcen zur Verfügung
33 stellen;
- 34 - das BJ gegen Jahresende über den Stand der Gesuchsbearbeitung und die
35 vorgesehene Beschleunigung der Arbeiten näher informiert. Gleichzeitig sollten
36 die wichtigsten Informationen auch über die BJ- FSZM-Website verbreitet werden;
- 37 - die Arbeiten so organisiert werden, dass bis Ende Dezember 2019 alle Gesuche
38 bearbeitet und die letzten Verfügungen verschickt sind.

39
40
41
42
43 3. Terminvorschläge für die Sitzungsplanung der Kommission im Jahr 2019:

44
45 Dienstag, 05. März 2019
46 Dienstag, 25. Juni 2019
47 Dienstag, 17. September 2019
48 Dienstag, 26. November 2019

49 Die Kommission heisst diese Sitzungsplanung bzw. die Termine gut.

50
51
52
53 4. Vom BJ für die heutige Sitzung vorgeprüfte Gesuche (Total 683):

- 54
55 4.a) 460 geprüfte Gesuche auf der Juni-Liste (Zirkularweg)
56 223 geprüfte Gesuche auf der Juli-Liste (Zirkularweg)
- 57
58 4.b) Total 676 Gutheissungen

1
2 Die verbleibenden 7 Gesuche werden unter Traktandum 4 c behandelt
3

4 Der Leiter Fachbereich FSZM informiert die Sitzungsteilnehmer kurz über neuste
5 Kennzahlen:

- 6 - 2'360 bearbeitete und grösstenteils schon ausbezahlte Gesuche;
7 - 101 Todesfälle (seit November 2016);
8 - Die Dossiers mit Priorität „K“ (schwere Erkrankung) werden – sobald den
9 Fachbereich eine entsprechende Information auf welchem Weg auch immer
10 erreicht – umgehend bearbeitet und der Entscheid bzw. das Schreiben an die
11 betreffende Person geht noch gleichentags auf die Post (oft auch per Express).
12 Fast täglich bearbeitet der Fachbereich ein oder zwei solcher Gesuche.
13 Voraussetzung: Einreichung eines entsprechenden Arztzeugnisses;
14 - Alle Gesuche mit Priorität „S“ sind mittlerweile bereits erledigt worden (die
15 Opfereigenschaft der betreffenden Personen wurden bereits abgeklärt anlässlich
16 des seinerzeitigen Soforthilfeverfahrens);
17 - Im Bereich der Gesuche mit Priorität „Alter“ (d.h. der Gesuche von über 75-
18 Jährigen, „Prio „A“) sind die Gesuche der zweiten Subkategorie (82 bis 86-
19 Jährige) grösstenteils schon erledigt worden. Im Oktober wird die Bearbeitung der
20 dritten, volumenmässig bedeutenden Subkategorie der 75 bis 81-Jährigen in
21 Angriff genommen. Spätestens im Februar oder März 2019 werden dann auch
22 diese Gesuchskategorie und damit gleichzeitig auch die letzten der prioritär zu
23 behandelnden Gesuche (es sind insgesamt rund 4'000) bearbeitet sein. Damit ist
24 der Fachbereich gut auf Kurs.
25
26

27 4.c) Insgesamt sieht der Fachbereich 4 Dossiers zur Ablehnung vor; bei drei
28 weiteren Dossiers handelt es sich aus Sicht des Fachbereiches um
29 Grenzfälle. Diese werden den Mitgliedern der Kommission zur Stellungnahme
30 und Diskussion unterbreitet.
31

32 Im Endergebnis empfiehlt die Kommission dem Fachbereich:

- 33
34 • 2 Gesuche abzulehnen, weil die Gesuchsteller die Opfereigenschaft nicht
35 erfüllen;
36 • 3 Gesuche gutzuheissen;
37 • Auf ein Gesuch nicht einzutreten, da dem Gesuch kaum Informationen zu
38 entnehmen sind, und diese trotz mehrmaliger Aufforderung auch nicht
39 nachgeliefert wurden;
40 • Ein Gesuch vorläufig zurückzustellen, um weitere Abklärungen zu treffen.
41
42

43 5. Stand Selbsthilfe - Projekte 44

45 Der Präsident informiert über den aktuellen Stand der Selbsthilfe-Projekte.
46 Gegenwärtig sind es neun Projekte in den verschiedensten Phasen; einige sind
47 schon realisiert worden oder in Realisation, andere wiederum sind erst in der
48 Planungsphase.
49

50 6. Verschiedenes 51

52 Wissenschaftliche Aufarbeitung: Die UEK befindet sich bereits in der Abschluss-
53 Phase der Arbeiten und der Schlussbericht ist in Ausarbeitung. Dieser wird noch
54 redaktionell finalisiert und sollte dann im Verlauf des nächsten Jahres veröffentlicht
55 werden. Beim NFP 76 hat eine zweite Ausschreibung stattgefunden; 22
56 Forschungsprojekte wurden bewilligt und die eigentliche Forschungsphase beginnt.
57 Der Zeithorizont ist hier etwas länger, d.h. die Forschungsdauer beträgt 5 Jahre.
58

1 Ausserdem wird am 28. und 29. September 2018 eine von den Archiven, der
2 Opferhilfestelle und der historischen Gesellschaft des Kantons Freiburg organisierte
3 Tagung stattfinden, welche schwergewichtig der Reflektion des bisherigen und auch
4 des zukünftigen Aufarbeitungsprozesses gewidmet ist. Eine Einladung folgt per E-
5 Mail.

6
7 Die nächste Sitzung der Kommission findet am 20. November 2018 von 10.00 -16.00
8 Uhr, im Sitzungszimmer 60 des BJ statt. Die Einladung sowie alle notwendigen
9 Unterlagen werden rechtzeitig folgen.

10
11 Der Präsident dankt allen Mitgliedern für die aktive Teilnahme und die konstruktive
12 Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung und schliesst diese um ca. 15.00h.

13
14
15



Procès-verbal

Date : 28 août 2018
Destinataires : Membres de la Cocosol et autres participants à la séance mentionnés ci-dessous

Procès-verbal de la 8^e séance de la commission consultative (Cocosol) du 28 août 2018

Présidence :	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance / ancien sous-directeur de l'OFJ
Membres :	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante du point de contact du canton de Zurich
	Urs Allemann	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Lisa Yolanda Hilafu	Ancienne présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Christian Raetz	Chef du Bureau de médiation du canton de Vaud
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Laetitia Bernard	Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
Ex officio :	Susanne Kuster	Office fédéral de la justice / sous-directrice et cheffe du domaine de direction Droit public
	Reto Brand	Office fédéral de la justice / chef de l'unité MCFA
Procès-verbal :	Anja Kistler	Office fédéral de la justice

1 Début de la séance : 10 heures

2 1. Accueil et informations générales

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

Le président souhaite la bienvenue aux personnes présentes. Les documents de la séance ont été envoyés dix jours auparavant afin que tous les membres aient le temps de les étudier et de poser des questions s'ils en ont.

Le président souhaite, en outre, la bienvenue à la nouvelle cheffe du domaine de direction Droit public, lequel chapeaute l'unité MCFA au sein de l'OFJ. Madame Susanne Kuster se présente brièvement et indique que c'est un honneur pour elle de pouvoir marcher sur les traces de l'ancien délégué aux victimes de MCFA. Cela fait plus de 10 ans qu'elle travaille pour l'OFJ où elle a déjà assumé différentes fonctions, comme, dernièrement, celle de cheffe du domaine de direction Entraide judiciaire internationale. Lors de sa formation universitaire, Madame Kuster s'est spécialisée en droit public et, notamment, en droit constitutionnel. Elle remercie tous les membres de la Cocosol pour le travail qu'ils ont accompli au sein de cette commission jusqu'à présent et rappelle combien cette fonction de trait d'union est importante, notamment pour les personnes concernées.

Madame Kuster informe les membres de la Cocosol de la récente embauche de deux personnes au sein de l'unité MCFA pour traiter les dossiers : une secrétaire supplémentaire et, au 1^{er} novembre 2018, une nouvelle juriste. À l'origine et selon la planification prévue, cela aurait permis de terminer le traitement de toutes les demandes d'ici à mai/juin 2020 plutôt que d'ici à fin mars 2021 (date limite prévue par la loi). Cependant, de nombreux concernés ainsi que quelques membres de la Cocosol ont insisté depuis pour que les demandes soient traitées plus rapidement. De ce fait, plusieurs discussions ont eu lieu ; la cheffe du DFJP et conseillère fédérale, Simonetta Sommaruga, a convenu avec l'OFJ que les effectifs seraient augmentés de telle sorte que l'ensemble des demandes puisse être traité d'ici à fin 2019. Les premiers travaux préparatoires au niveau organisationnel, financier et du personnel ont déjà été entrepris.

Le président précise que le procès-verbal de la dernière séance du 23 mai 2018 a été en amont approuvé par voie de circulaire et qu'il ne fera donc pas l'objet d'une discussion ce jour. En vue de cette séance, les membres de la Cocosol ont notamment reçu 4 dossiers complets que l'unité envisage de rejeter (3 cas limites). Le président explique que si la Cocosol rejette une demande, cela signifie qu'elle recommande à l'unité d'en faire de même. La décision définitive est prise au niveau de l'unité.

Le président fait également savoir que, à compter du 4 septembre 2018, l'unité MCFA occupera de nouveaux locaux ne se situant pas dans le bâtiment principal de l'OFJ mais dans un autre à proximité. L'adresse postale reste inchangée ; les séances de la Cocosol continueront d'être tenues au Bundesrain 20.

Il informe les membres de la Cocosol que Madame Hilafu effectue en ce moment une formation pour devenir « peer ». Il est possible que, pendant sa formation, elle ne puisse pas participer à toutes les séances de la Cocosol pour cause de conflit de calendriers. Les autres membres de l'assemblée ont exprimé tout leur soutien à Madame Hilafu dans son projet. Ils souhaitent que cette dernière continue de faire partie de la commission et de recevoir tous les documents, y compris les dossiers et les procès-verbaux, pour pouvoir les étudier ou prendre position et qu'elle soit en mesure de consulter les dossiers individuels à l'OFJ.

Le président rapporte en outre que, le 30 juin 2018, une grande fête a eu lieu à Mümliswil. C'est la fondation Guido Fluri qui s'est chargée de l'organisation de l'événement. Il a rassemblé près de 800 personnes qui ont eu l'occasion d'échanger

1 leurs points de vue et de sensibiliser le public. Le président s'est rendu compte à quel
2 point le dépôt d'une demande a été difficile pour de nombreuses victimes. Beaucoup
3 de participants ont avoué avoir espéré, de la part de l'OFJ, une réponse immédiate à
4 leur demande afin qu'ils puissent rapidement clore ce chapitre de leur histoire.
5 Monsieur Fluri s'exprime ensuite lui aussi brièvement sur l'événement.
6

7 Le président informe qu'une expo-photo ayant pour thème l'adoption (*Adoption*
8 *damals und heute*) se tient actuellement dans la Tour des Prisons de Berne et qu'il en
9 recommande la visite. D'intéressants débats publics ont déjà été tenus. Il indique
10 avoir participé à l'un d'entre eux et avoir pu s'exprimer sur le sujet. L'OFJ a soutenu
11 l'exposition en apportant une petite contribution financière.
12

13 Le 27 août 2018, la télévision suisse a filmé quelques images à l'OFJ. Le reportage
14 entier sera diffusé dans son intégralité au cours du journal télévisé du
15 12 septembre 2018. Il se concentre avant tout sur la thématique du traitement des
16 demandes. Deux personnes ayant déposé une demande donneront leur avis sur la
17 question et le président répondra aux questions du présentateur dans le cadre d'un
18 bref entretien.
19

20 21 2. Marche à suivre lors du traitement des demandes / possibilités d'accélération 22

23 Une discussion approfondie s'ensuit sur différents aspects du traitement actuel des
24 demandes. Il est incontestable qu'un traitement rapide et efficace des demandes est
25 souhaitable, que cela ne doit cependant pas se faire au détriment de la qualité du
26 travail et sans une prise en compte suffisante de la situation des victimes.
27 L'expérience a montré que le suivi des victimes, individuel tout du moins, prend
28 beaucoup plus de temps que prévu. Souvent, l'appel téléphonique que l'unité passe à
29 chacune des victimes conformément à la procédure ne suffit pas. Il n'est pas rare
30 qu'un suivi supplémentaire soit nécessaire ou qu'il faille renvoyer les personnes
31 concernées vers d'autres institutions ou d'autres autorités susceptibles de les aider.
32 Nombreuses sont les victimes qui éprouvent le besoin de constamment raconter leur
33 histoire. C'est une des principales raisons pour lesquelles le traitement nécessite du
34 temps. Beaucoup de victimes, parmi lesquelles notamment des personnes âgées,
35 sont effrayées à l'idée d'être approchées par les autorités et parfois aussi par l'OFJ.
36 Elles manifestent beaucoup d'hostilité à l'égard des autorités ou rejettent
37 systématiquement tout ce qui en émane.
38

39 À cela s'ajoute le fait que les personnes concernées ont d'autant plus l'impression
40 d'être traitées injustement que le délai pour obtenir une décision concernant leur
41 demande s'allonge. Elles souhaitent clore ce chapitre de leur histoire aussi vite que
42 possible et ne peuvent pas le faire tant qu'aucun courrier, aucune décision ou aucun
43 paiement ne leur est parvenu. Pour ne rien simplifier, il arrive parfois qu'il leur faille
44 accepter que la recherche de dossiers (auprès des communes, des archives
45 fédérales) implique un long temps d'attente ou accuse du retard quand, par exemple,
46 les coordonnées bancaires indiquées sont erronées ou que les photocopies des
47 cartes d'identité font défaut. Contrairement à ce que certains ont pu exiger, il est
48 exclu de limiter le traitement d'une demande aux seules 5 minutes nécessaires pour
49 effectuer un ordre de paiement en faveur de la victime. Il faut continuer de procéder à
50 un examen sérieux ; cela est essentiel pour la crédibilité de l'ensemble du travail
51 visant à faire la lumière sur les mesures de coercition à des fins d'assistance. Si l'OFJ
52 venait à verser la contribution de solidarité à des personnes qui n'y ont pas droit
53 parce que leur qualité de victime n'a pas été établie ou qu'il s'agit de profiteurs, cela
54 aurait un effet catastrophique sur les objectifs de ce travail, tant pour les victimes que
55 pour les autorités. C'est pourquoi il est important d'examiner sérieusement les
56 demandes avec toute la diligence requise tout en respectant les prescriptions légales,
57 par exemple l'ordre de priorité attribué aux demandes. Dans le même temps, il

1 convient de faire preuve de toute la sensibilité nécessaire, notamment pour prendre
2 en compte l'état de santé d'une personne concernée ou sa situation familiale.

3
4 C'est la raison pour laquelle, la commission est tout particulièrement favorable à ce
5 que :

- 6
7 - l'on rappelle aux cantons et aux communes leurs obligations d'assistance
8 s'agissant de la procédure de recherche de dossier et que ces derniers soient
9 invités à rassembler et à renvoyer, aussi vite que possible, toutes les pièces des
10 dossiers qui sont encore en suspens. L'OFJ rédigera un courrier informatif allant
11 dans ce sens dans lequel il informera les cantons et les communes de
12 l'accélération de la procédure de traitement des demandes à la Confédération et il
13 leur demandera d'intensifier leur procédure de recherche de dossiers (en lien
14 avec les procédures de demande) pour qu'elle soit close d'ici à fin 2019 ;
15 - les points de contact soient de nouveau informés des missions qui sont les leurs,
16 notamment de la fonction de conseil auprès des victimes et des personnes
17 concernées qu'ils assumeront à l'avenir. L'OFJ, plus particulièrement l'unité
18 MCFA, ne peut plus exercer cette fonction, qui était, par le passé, celle du
19 délégué du DJFP, puisque toutes les ressources doivent être affectées au
20 traitement rapide des demandes. Le transfert de la fonction de médiation aux
21 points de contact décharge à la fois l'unité MCFA et, dans une certaine mesure, la
22 fondation Guido Fluri. Le 10 septembre 2018 se tiendra une rencontre organisée
23 par la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales
24 (CDAS) à laquelle l'OFJ est traditionnellement convié. À cette occasion, il sera de
25 nouveau clairement mentionné que les points de contact auront désormais la
26 charge de la fonction de médiation. Étant donné que le procès-verbal de cette
27 rencontre des points de contact sera envoyé à tous les points de contact
28 cantonaux, y compris à ceux qui ne peuvent pas y envoyer de représentants, tous
29 les destinataires concernés par cette information la recevront. Il sera
30 éventuellement nécessaire d'impliquer les cantons et, plus particulièrement leurs
31 gouvernements par le biais de la CDAS afin qu'ils continuent de mettre les
32 ressources nécessaires à disposition des points de contact ;
33 - d'ici la fin de l'année, l'OFJ communique plus en détail sur l'avancement du
34 traitement des demandes et l'accélération prévue des travaux. Dans le même
35 temps, les informations essentielles seront également publiées sur la page
36 Internet des MCFA de l'OFJ ;
37 - le travail soit organisé de sorte que, d'ici à la fin décembre 2019, toutes les
38 demandes soient traitées et les dernières décisions envoyées.

39
40
41 3. Proposition de planification des séances de la commission en 2019 :

42
43 mardi 5 mars 2019
44 mardi 25 juin 2019
45 mardi 17 septembre 2019
46 mardi 26 novembre 2019

47
48 Les membres de la commission approuvent cette planification.

49
50
51 4. Nombre de demandes examinées par l'OFJ en vue de cette séance (sur un total de
52 683) :

- 53
54 4.a) 460 demandes examinées sur la liste de juin (par voie de circulaire)
55 223 demandes examinées sur la liste de juillet (par voie de circulaire)
56
57 4.b) Au total, 676 demandes ont été acceptées.
58

1 Les 7 demandes restantes sont traitées au point 4c.

2
3 Le chef de l'unité MCFA communique brièvement aux participants de la séance les
4 dernières informations :

- 5 - 2 360 demandées traitées et qui, pour la plupart, ont déjà bénéficié d'un
6 versement ;
7 - 101 personnes décédées (depuis novembre 2016) ;
8 - les dossiers avec le degré de priorité « K » (maladie grave) sont traités
9 immédiatement dans la mesure où l'unité obtient, par quelque moyen que ce soit,
10 une information allant dans ce sens, et la décision ou la lettre est envoyée par
11 voie postale (souvent en envoi urgent) le même jour à la personne concernée.
12 L'unité MCFA traite de manière quasi-quotidienne une à deux demandes de ce
13 type. Condition : un certificat médical confirmant l'état de santé de la personne
14 doit avoir été joint au dossier ;
15 - toutes les demandes avec le degré de priorité « S » sont maintenant closes (la
16 qualité de victime des personnes concernées a déjà été éclaircie au cours de la
17 procédure d'octroi de l'aide immédiate) ;
18 - pour ce qui est des demandes avec le degré de priorité « A » (c'est-à-dire les
19 demandes déposées par des personnes de plus de 75 ans), les demandes issues
20 de la deuxième sous-catégorie (les personnes de 82 à 86 ans) sont, pour la
21 plupart, déjà closes. Dès octobre, ce sont les demandes issues de la troisième et
22 plus importante sous-catégorie, celle des personnes entre 75 et 81 ans, qui
23 seront examinées. D'ici à mars 2019 au plus tard, cette catégorie et, par la même
24 occasion, les dernières demandes considérées comme prioritaires (soit
25 environ 4 000) auront été traitées. L'unité MCFA est ainsi sur la bonne voie.

26
27
28 4.c) Dans l'ensemble, l'unité MCFA prévoit de rejeter 4 dossiers alors que 3 autres
29 sont considérés comme des cas limites. Ces cas sont soumis aux membres
30 de la commission pour qu'ils donnent leur avis et en discutent.

31
32 À l'issue de l'échange, la commission propose à l'unité :

- 33
34 • de refuser 2 demandes car le demandeur ne s'est pas vu octroyer la qualité
35 de victime ;
36 • d'accepter 3 demandes ;
37 • de ne pas entrer en matière dans 1 cas étant donné que le dossier ne contient
38 quasiment pas d'informations pouvant être prises en compte et, cela, malgré
39 des rappels répétés ;
40 • de mettre une demande temporairement en attente dans le but d'obtenir des
41 clarifications supplémentaires.

42 43 44 5. Situation des projets d'entraide

45
46 Le président rend compte de la situation actuelle concernant les projets d'entraide.
47 On compte à ce jour neuf projets se trouvant dans des phases variées ; certains sont
48 déjà mis en œuvre ou en cours de mise en œuvre, d'autres à l'inverse n'en sont
49 qu'au stade de la planification.

50 51 52 6. Divers

53
54 L'étude scientifique : la Commission indépendante d'experts est d'ores et déjà en
55 train de clore ses travaux et le rapport final est en cours d'élaboration. Après
56 quelques ajustements d'ordre rédactionnel, il sera finalisé puis probablement publié
57 au cours de l'année prochaine. Le PRN 76 a lancé une deuxième mise au concours ;

1 22 projets de recherche ont été approuvés, lesquels ont démarré la phase de
2 recherche. Leur échéance est à plus long terme : la recherche durera 5 ans.

3
4 Par ailleurs, une conférence organisée par les archives, par le centre de consultation
5 LAVI et par la Société d'histoire du canton de Fribourg aura lieu les 28 et
6 29 septembre 2018. Elle est principalement destinée à poursuivre la réflexion sur le
7 travail de mémoire présent et à venir. Une invitation par courriel suivra
8 prochainement.

9
10 La prochaine séance de la commission se tiendra le 20 novembre 2018 de 10 h à
11 16 h, dans la salle de réunion n° 60. Une invitation comportant tous les documents
12 nécessaires suivra.

13
14 Le président remercie tous les membres de la commission pour leur participation et la
15 collaboration constructive lors de la séance.

16
17 Fin de la séance : 15 heures.

18
19